

Fremde Federn: Johannes Singhammer

Freiheit gibt es nicht umsonst

Die grundlegende Existenzberechtigung eines Staates ist das Versprechen, die innere und äußere Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Seit dem Mauerfall vor 25 Jahren haben wir Gefallen daran gefunden, uns fortlaufend eine scheinbar unbegrenzte Friedensdividende auszahlen zu lassen: Von rund 585 000 Bundeswehrsoldaten sind unsere Streitkräfte auf 175 000 geschrumpft. Lieferten sich in den siebziger Jahren bei den Bundesausgaben Verteidigungs- und Arbeitsministerium noch ein Kopf-an-Kopf-Rennen, liegen in diesem Jahr die Ausgaben für Arbeit und Soziales bei 122 Milliarden Euro, während die für Verteidigung auf 32 Milliarden Euro eingedampft sind.

Bis zur Angliederung der Krim an Russland galt in Deutschland der Satz: Unser Land ist nur noch von Freunden umzingelt. Bewaffnete Konflikte fanden in Europa mit Ausnahme der Kriege im früheren Jugoslawien nicht mehr statt. Panzerarmeen galten als antiquiert. Folgerichtig verkleinerte die Bundeswehr die Zahl ihrer Kampfpanzer von mehr als 2000 auf künftig 225 Stück. Doch nun berichten die Medien plötzlich über merkwürdige Typenbezeichnungen und große Zahlen von Panzerfahrzeugen, die sich angeblich in Russland nahe der Grenze zur Ukraine aufhalten. Aus dem Nato-Hauptquartier heißt es, man müsse die Sicherheitsarchitektur Europas

grundlegend ändern. Die baltischen Staaten, aber auch Polen und Rumänien fühlen sich bedroht. Zunehmende Unsicherheiten in Ostasien machen die Welt instabiler. Die dramatische Situation an der Südküste des Mittelmeers beunruhigt Europa.

Freiheit und Sicherheit – das sind für eine wirtschaftlich und gesellschaftlich global vernetzte Bundesrepublik entscheidende Stabilitätsanker. Die unangenehme Wahrheit, die jeder kennt, aber keiner gerne ausspricht: Eine Veränderung in der globalen Ausgangslage hat auch eine Veränderung für unsere äußere Sicherheit zur Konsequenz. Die Politik in Deutschland hat bewiesen, wie schnell und mutig notwendige Änderungen vollzogen werden können. Bis zum AKW-Unglück von Fukushima galt die Kernenergie für große Teile der Parteien und der Öffentlichkeit in Deutschland als unverzichtbar. Dann zerstörte ein Tsunami den Glauben, mit westlicher Technologie das Atomfeuer beherrschen zu können. Innerhalb weniger Tage beschloss die Union gemeinsam mit der FDP die größte Energiewende im Nachkriegsdeutschland.

Jetzt stellt sich eine andere Fukushima-Sicherheitsfrage für Deutschland: Sind wir bereit, für die Freiheit und unseren Lebensstil politisch wie ökonomisch zu zahlen, und wenn ja, welchen Preis? Nach wie vor gilt: Diplomatie ist unerlässlich. Aber sind wir in der Lage und

willens, die neuen Verhältnisse zur Kenntnis zu nehmen und darauf angemessen zu reagieren? Oder wollen wir unser wohliges Kuschelgefühl pflegen, in der Hoffnung, dass sich Unangenehmes von selbst erledigt?

Unsere Partner fordern seit langem, dass Deutschland seine vertraglich zugesagten Verteidigungsausgaben einhält. Zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, dazu hat sich Deutschland verpflichtet. Tatsächlich geben wir rund ein Drittel weniger aus. Frankreich gibt mit 2,6 Prozent fast doppelt so viel aus und klagt zunehmend darüber, dass es damit einen nicht unbeträchtlichen Teil der Sicherheit Deutschlands mitfinanziere. Da wirkt der Hinweis, es möge sich doch an Deutschland ein Beispiel nehmen und im nationalen Haushalt Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht bringen, unberechtigt belehrend. Deutschland als reichste europäische Nation kann immer weniger begründen, warum weniger prosperierende Staaten höhere Verteidigungsausgaben auch in unserem Interesse schultern sollen. Freiheit, Liberalität und einen toleranten Lebensstil in Europa und Deutschland gibt es nicht zum sicherheitspolitischen Nulltarif. Zur Ehrlichkeit gehört daher, den Menschen in unserem Land zu sagen: Deutschland muss wieder mehr in seine äußere Sicherheit investieren. Freiheit ist ein teures Gut.

Johannes Singhammer (CSU) ist Vizepräsident des Deutschen Bundestags.